demokratischen Formen anstrebte. Im Süden war der monarchische Gedanke noch lebendig. Durch diese Monroedoktrin wurde eine wesentliche Führung durch die USA, den mächtigsten Staat, geschaffen. Sie fußte auf der geographischen Lage und übersah dabei ganz die geschichtlichen Sonderkräfte, die sich geistig noch mit den Heimatländern Spanien und Portugal verbunden fühlten. In falscher Auslegung der Monroedoktrin schrieb sich der Norden die Berechtigung zur Eroberung zu. 1848 führte er Krieg gegen Mexiko, das er der Provinzen Texas, Arizona, Neumexiko und Hochkalifornien beraubte. Später bemächtigte er sich der Insel Santo Domingo und der Hawai-Inseln. Im Krieg gegen Spanien 1898 wurden Kuba und Portorico frei, gerieten aber tatsächlich in Abhängigkeit der USA. 1903 wurde Columbien des Panamagebietes beraubt.

Mit F. D. Roosevelt und dann Eisenhower begann eine neue Politik der Vereinigten Staaten, die auch Kennedy in den ersten Tagen seiner Präsidentschaft bekräftigte. Die Diplomatie des Dollars und des "dicken Stockes" sollte abgeschlossen

sein.

Die Unterschiede der Sprache, der ganzen Denkart und der Religion bewirkten in Iberoamerika eine dauernde Abneigung. Seit dem ersten Drittel des 19. Jahrhunderts drangen die großen nordamerikanischen Konzerne nach Mittel- und Südamerika vor. Sie arbeiteten nicht für das Land, sondern beuteten es aus. Sie wurden auch politisch tätig, indem sie, je nach ihrem eigenen Nutzen, entweder die revolutionären Bewegungen oder die Reaktion unterstützten. Dabei nahmen sie keine Rücksicht auf die eigentümlichen sozialen Verhältnisse des Südens und hinderten die internationalen Zusammenschlüsse, und wirkten sich auf die allgemein menschlichen Verhältnisse, Bedürfnisse und Bestrebungen ungünstig aus. So waren sie tatsächlich ein großes Hindernis für die politische Annäherung der südamerikanischen Staaten, förderten die Korruption, stellten sich gegen bodenständige Wirtschaftsunternehmungen, unterstützten tatsächlich kommunistische und kommunistenfreundliche Gruppen und verhinderten eine bodenständige Gewerkschaftsbewegung. Dazu kommt in neuester Zeit eine antikatholische Propaganda, die von den nordamerikanischen Sekten getragen wird. Der Gegensatz Nord-Südamerika begünstigte auch die von Rußland ausgehende kommunistische Bewegung, die sich auf die unruhigen, staatsfeindlichen Kreise stützt und ebenfalls eine iberoamerikanische Einigung zu hintertreiben sucht.

Wenn heute die USA den Willen kundgeben, Iberoamerika gerecht werden zu wollen, hält man dies für leere Worte. Die Taten, so sagt man, reden eine andere Sprache. Zusehends verstärkt sich in der Gegenwart die Feindschaft gegen die vom Norden ausgehende Kulturpropaganda. Dagegen wird das endlich erwachte Kulturstreben Iberoamerikas immer mächtiger, das sich auf die eigene Tradition besinnt. (Raul Chävarri Porpeta in Revista de Estudios Politicos 1961, n. 116.)

Die Einigung Italiens, der Kirchenstaat und die italienischen Katholiken. Eine kritische Rückschau

Das geeinte Italien ist für uns heute eine erledigte Frage. Sie ist es nicht für die geschichtliche Wertung jener inneritalienischen Kämpfe, die vor, in und um diese Einigung gespielt haben. Bis heute sind die geschichtlichen Kontroversen darüber in Italien lebendig. Darüber findet sich ein aufschlußreicher Beitrag von S. Lener in der "Civiltà Cattolica" (Heft 2668, 337ff.).

Für ein kritisches Urteil über die damaligen Vorgänge sind zwei Fragen zu beantworten. 1. Was war grundsätzlich die Einstellung der Kirche und des Papstes? 2. Wodurch gewann der Kampf jene Schärfe, die das neue Italien in einen so erschreckenden Gegensatz zum Römischen Stuhl und zum Katholizismus überhaupt

brachte?

1. Pius IX. war einer Föderation der italienischen Staaten günstig gesinnt und ermutigte sie sogar. Wir möchten sagen, daß eine bündische Einigung Italiens der mannigfachen und vielgestaltigen italienischen Kulturüberlieferung am besten entsprochen hätte. Die glänzenden Kulturmittelpunkte von ehemals, Florenz, Parma, Neapel, Palermo u. a. sind in der Italia unita verkümmert.

Aber auch größere Opfer zu Gunsten einer anderen Lösung hätte der Papst grundsätzlich nicht gescheut. Allerdings war man sich an der Kurie darüber klar, daß das universale, übernationale Amt des Papsttums nur dann unabhängig sei, wenn es über eine weltliche Herrschaft gebiete. Der Papst als Untertan eines italienischen Staates war in der Tat mit der Leitung der Weltkirche unverträglich. Wohl ist es kein Dogma, daß das Oberhaupt der Kirche über ein eigenes zeitliches Herrschaftsgebiet verfügen müsse; aber die Handlungsfreiheit, die von seiner im Glaubensgut verankerten Aufgabe her gefordert ist, kann eine solche zeitliche Herrschaft als notwendig erweisen. Daher war die römische Frage zwar immer eine historische Frage, aber nicht destoweniger eine Frage, die für die katholische Kirche auch noch in unserer Zeit lebenswichtig ist. Deswegen ist es durchaus verständlich, daß Pius IX. die Notwendigkeit der zeitlichen Herrschaft weiter betonte. Aber so sagte derselbe Pius: Ein Stück Land mehr, ein Stück Land weniger darauf kommt es nicht an. Es hätte also die grundsätzliche Möglichkeit bestanden, ohne Gewalt und ohne militärisches Vorgehen zu einem Vergleich zu kommen, der für beide Teile tragbar und ehrenvoll gewesen wäre.

Ein solcher Vergleich hätte jedoch vorausgesetzt, daß man auf Gewalt verzichtete, daß man, und das heißt Piemont und die Einheitskämpfer, die Rechtsmäßigkeit des Kirchenstaates anerkannt und mit dem Papst als dessen Souverän ehrenhaft über eine Lösung des Problems verhandelt hätte. Dazu war man jedoch nicht bereit.

Der Kirchenstaat in seiner überlieferten Form hatte lange bestanden. Im Lauf der Jahrhunderte hatten sich jedoch das ganze internationale politische Klima und die staatsrechtlichen Denkkategorien gewandelt. Es war an der Zeit, manches in neue Formen zu fassen – das war auch für führende Katholiken selbstverständlich. Die Frage war nur, durch wen und auf welchem Weg die neue Gestaltung, konkret die Einheit Italiens, geschaffen werden sollte. Und da wählten die für die Weiterentwicklung in erster Linie verantwortlichen Staatsmänner (Cavour) den Weg der Gewalt.

2. Das führte natürlich dazu, daß man im Innern mit den Kirchenfeinden zusammengehen und nach außen sich rückversichern mußte bei jenen Strömungen, die den Hl. Stuhl und die katholische Kirche bekämpften. Aus einem völkerrechtlichen, staatsrechtlichen und kirchenpolitischen Problem wurde auf diese Weise ein ideologischer Kampf.

Die italienischen Antiklerikalen und Liberalen warfen der Kirche vor, es bestehe ein unüberbrückbarer Gegensatz zwischen Katholizismus und moderner Kultur. Dieser Vorwurf wird heute vielfach noch aufrecht erhalten, obschon es für jeden Gutwilligen klar ist, daß der Katholizismus in vielen heutigen Staaten handgreiflich das Gegenteil beweist. Das gilt in politischer, wirtschaftlicher und kultureller Hinsicht; das gilt auch in Bezug auf die vielberufene Laizität des modernen Staates. Denn eine recht verstandene Scheidung der Zuständigkeiten und Wirkbereiche von Kirche und Staat als zweier souveräner Rechtsinstitutionen und vollkommener Gesellschaften ist geradezu Forderung der katholischen Lehre. Der so aufgefaßte welthafte Staat ist freilich etwas ganz anderes als der laizistische Staat, der das Leben, die Geschichte und die Politik des Volkes dem Einfluß des Christentums entziehen möchte.

Im Namen dieses Laizismus ist das Bemühen um ein geeintes Italien ausgeartet

in einen Kampf gegen den Oberhirten der Kirche, die Bischöfe, Priester und

katholischen Einrichtungen.

In diesem ideologischen Kampf war man darauf angewiesen, auch im Ausland Bundesgenossen zu suchen. Es war nötig, jene großen geistigen Kräfte zu gewinnen, welche die betont katholischen Staaten Europas, d. h. Österreich, die italienischen Fürsten und vor allem den Kirchenstaat befehdeten. Das laizistisch gewordene Piemont schloß so vor allem einen Bund mit den Protestanten Großbritanniens. Die Zeitlage war dafür günstig. Vor kurzem (1850) war unter Kardinal Wiseman die katholische Hierarchie in Großbritannien neu aufgebaut worden und hatte gezeigt, daß "das römische Babel" weit davon entfernt war, an Altersschwäche zu sterben. Dieses Ereignis hatte die protestantischen Kreise aufs tiefste erregt und zur Gegenaktion herausgefordert. Da schien es am wirksamsten, das antipäpstliche und antiklerikale Piemont kräftig zu unterstützen, damit es dem Kirchenstaat und der Kirche den Garaus machte. Botschaften, Gesandtschaften, Besuche großer Persönlichkeiten aus protestantischen Organisationen und einflußreicher Parlamentsmitglieder versicherten die piemontesischen Staatsmänner ihrer politischen (und wirtschaftlichen) Hilfe.

Nur auf diesem Hintergrund versteht man, warum das Risorgimento italiano in

einen so unversönlichen Gegensatz zum katholischen Rom geriet.

UMSCHAU

"Bekenntnis" und "Konfession"

Der Begriff "Bekenntnis" blickt auf eine lange und wechselreiche Bedeutungsgeschichte zurück. Seit der Entstehung der "Konfessionen" ist er zu einem der wichtigsten Begriffe der neueren Kirchengeschichte geworden, ohne daß man sich immer Rechenschaft über seinen wahren Sinngehalt gegeben hätte. Man verwendet gemeinhin das Wort "Konfession" als Bezeichnung einer Glaubensgemeinschaft und als Synonym für das Wort "Kirche". Aber diese Verwendung ist keineswegs problemlos. Sie wirft gewichtige Fragen auf, auf die hinzuweisen nicht nutzlos sein mag¹.

"BEKENNTNIS" ALS BEKENNTNISAKT UND BEKENNTNISINHALT

In der Hl. Schrift hat das Wort "Bekenntnis" (griechisch "homologia", lateinisch "confessio") einen dreifachen Bedeutungsinhalt: Es ist Lobpreis Gottes und seines Heilswerkes (Mt 11, 25; Phil 2, 11); es ist Bekenntnis des Glaubens in der Nachfolge Christi (Jo 9, 22; 12, 42), im Sakrament (1 Tim 6, 12), im Festhalten der rechten Lehre (1 Jo 2, 23; 4, 2f. 15; 2 Jo 7) und im Zeugnis des Lebens vor den Mächten der Welt (Mt 10, 32f.; Offb 12, 11-17); und es ist Bekenntnis der Sünden vor Gott und vor der Kirche (1 Jo 1, 9; Jak 5, 16). Von diesem dreifachen Sinngehalt blieb die Be-

¹ Zur Geschichte des Bekenntnisbegriffs vgl. u.a.: Y. M. J. Congar, Notes sur les mots ,Confession', ,Église' et ,Communion', in: Irénikon 23 (1950) 3—36; H. Lang, Der Sinn des Bekenntnisses,

in: Die Kirche in der Welt, hrsg. von E. Kleineidam und O. Kuß, Salzburg 1937, 211—222. Dann auch: Lexikon für Theologie und Kirche ²II, 142—146.